



Bundesminister für Justiz
Dr. Wolfgang Brandstetter
Museumstraße 7
1070 Wien

Wien, 18.02.2016

OFFENER BRIEF

Betreff: **Intellektuelle Überforderung und Inkompotenz der Justizbediensteten**
Sofortige Schadensbegrenzung ist erforderlich

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Brandstetter!

Aufgrund unserer bisherigen Erfahrungen mit österreichischen Gerichten sehen wir es als unsere moralische und menschliche Pflicht, uns öffentlich an Sie zu wenden.

In mehreren Verfahren haben wir bei Gerichten die Tatsachen um die Giralgeldschöpfung durch Geschäftsbanken vorgebracht. Diese Tatsachen sind inzwischen wissenschaftlich bewiesen, wir verweisen dazu auf den beigelegten Artikel aus dem GELD-Magazin, Ausgabe 02/2016.

Bisher wurden diese Tatsachen von den Gerichten konsequent ignoriert. Wegen der offensichtlichen intellektuellen Überforderung der Justizbediensteten haben wir mit aller Deutlichkeit wiederholt auf die Notwendigkeit hingewiesen, kompetente Sachverständige hinzu zu ziehen. Doch die Inkompotenz der Gerichte ist so weitreichend, dass sie diese Notwendigkeit nicht zu erkennen vermögen. Dieses Phänomen ist in der Wissenschaft auch als Dunning-Kruger-Effekt bekannt. (Nach David Dunning: „Wenn jemand inkompotent ist, dann kann er nicht wissen, dass er inkompotent ist. [...] Die Fähigkeiten, die man braucht, um eine richtige Lösung zu finden, [sind] genau jene Fähigkeiten, die man braucht, um eine Lösung als richtig zu erkennen.“)

So kommt es, dass Gerichte (insbesondere in Fällen, die das Bankgeschäft betreffen) über Sachverhalte urteilen, von denen sie nicht einmal im Entferntesten eine Ahnung haben. Immer noch gehen Justizbedienstete von der kindlich-naiven und fundamental falschen Annahme aus, Banken würden die Einlagen von Sparern als Kredite weitergeben. Diese fundamental falsche Annahme und die mangelnde sachliche Betrachtung der tatsächlichen Sachverhalte im Bankgeschäft führen unvermeidlich dazu, dass den rechtsuchenden Menschen, aber auch der Volkswirtschaft im Allgemeinen von den Gerichten durch sachlich falsche Urteile großer Schaden zugefügt wird.

Als den von den österreichischen Bürgern beauftragten Verantwortlichen des Justizressorts fordern wir Sie hiermit auf, unverzüglich Maßnahmen zu setzen, um (weiteren) Schaden von den österreichischen Bürgern fernzuhalten!

Was ist zu tun?

- Die Justizbediensteten sind zumindest über die Grundlagen des Bankgeschäfts zu schulen. Der beigelegte Artikel ist eine gute Grundlage dafür. Gerne unterstützen wir Sie mit weiterem Bildungsmaterial.
- Zur Schadensbegrenzung empfehlen wir, die Justizbediensteten sofort anzuweisen, bei allen laufenden und zukünftigen Verfahren, in denen es um Bankangelegenheiten geht, kompetente Sachverständige hinzu zu ziehen.
- Es ist umgehend ein Konzept zur Schadenswiedergutmachung zu entwickeln und umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen,

das Team des KOV Kreditopfervereins